

Der klassische Weg über gesetzliche Regulierungen allein, wie Quoten, erzielt nicht den gewünschten Effekt, das kann man an Schweden sehen. Auch dort haben sich die Lebensläufe nicht geändert, es gibt also ein ähnliches Problem.

Zum Zweiten geht es um Berufe, die in unserer Gesellschaft im Augenblick sehr nachgefragt werden. Diese müssen auf Dauer attraktiver gestaltet werden, nämlich durch höhere Einkommen, aber auch durch Entwicklungsperspektiven. An dieser Stelle passen das Eigeninteresse des Staates an qualifizierten Mitarbeiter/innen und das Interesse der Gesellschaft gut zusammen.

**NG/FH:** Und es könnte ja auch sein, dass das Eigeninteresse der Politik, der Parteien, dadurch befriedigt wird, dass sie eine Politik vorschlagen, in der sich die Mitglieder

dieser Gruppe wiedererkennen und feststellen, dass das etwas ist, was ihnen unmittelbar nützt, und sich durch die Unterstützung dieser Politik dafür revanchieren.

**Bertram:** Richtig. Das einkommensabhängige Elterngeld, das Renate Schmidt erdacht hat, ist dafür ein Beispiel: Die hohe Akzeptanz und die Zustimmung, die die Familienpolitik damals bekommen hat, erfolgte auch, weil es offensichtlich sehr positiv gewirkt hat. Und die Inanspruchnahme bis heute zeigt, dass es akzeptiert wird. Ich bin also ziemlich sicher, dass die Politik, wenn sie das Lebenslaufmodell fortentwickelt, auch mit entsprechenden Akzeptanzwerten rechnen kann, weil damit deutlich wird: Wir lassen euch nicht zurück, ihr müsst nicht nach dem Prinzip Entweder-oder agieren, sondern könnt immer wieder einsteigen.

*Manuela Schwesig*

## **Familienarbeitszeit und partnerschaftliche Vereinbarkeit**

### **Moderne Familienpolitik für die geforderte Generation**

Familie ist Lebensmittelpunkt, Rückzugsort und Lebensqualität. Familie und Kinder haben für die meisten Menschen allergrößte Bedeutung. Allerdings haben viele Familien das Gefühl, unter Druck zu stehen. Viele Eltern in der »Rushhour des Lebens« zwischen 25 und 45 Jahren fühlen sich stark gefordert oder sogar überlastet. Sie haben den Eindruck, zwischen Arbeit und beruflichem Fortkommen und Familie wählen zu müssen. Die Wünsche, die Lebenswirklichkeit und die Bedürfnisse dieser »geforderten Generation« müssen Ausgangs- und Orientierungspunkt moderner Familienpolitik sein. Eltern zu sein bedeutet, sich intensiv und bewusst um die

Fürsorge und Förderung der Kinder zu kümmern. Eltern zu sein bedeutet gleichzeitig, berufstätig zu sein. Dabei ist das Ein-Ernährermodell mit hinzuverdienender Partnerin für die heutige Elterngeneration nicht mehr Mainstream. Die Berufsorientierung von Frauen, auch von Müttern, ist enorm gewachsen, Karrierewünsche inbegriffen. Aus dem Mikrozensus des Jahres 2012 geht hervor, dass 41 % der Mütter mit einjährigen Kindern und mehr als 50 % der Mütter mit zweijährigen Kindern wieder arbeiten. 2006 lag die Erwerbsbeteiligung junger Mütter noch deutlich niedriger. Eine aktuelle Allensbach-Studie bestätigt, dass für 75 % der Mütter der Be-

ruf auch nach der Geburt eines Kindes wichtig bleibt. Und 90 % der Frauen und Männer bis 40 Jahre sind heute der Meinung, dass beide, Mutter und Vater, sich um die Kinder kümmern sollten. Ausgewogene Vereinbarkeit, Partnerschaftlichkeit und stabile Einkommensverhältnisse – darum geht es Familien heute.

Im vergangenen Jahrzehnt hat es Fortschritte in der zeitgemäßen Unterstützung von Familien gegeben. Das Elterngeld mit den Partnermonaten, der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder und eine familienfreundlicher werdende Arbeitswelt zeigen Wirkung. Dennoch gelten Familie und Beruf in Deutschland immer noch als schwer vereinbar. Pessimistische Stimmen reden von der »Alles-ist-möglich«-Lüge. Doch Tatsache ist: Vereinbarkeit ist nicht nur möglich, sondern vorherrschendes Lebensmodell. Aber die tatsächliche Aufteilung von Familie und Erwerbsarbeit zwischen Vätern und Müttern entspricht häufig nicht den Idealvorstellungen. Es sind immer noch überwiegend die Frauen, die ihre Stundenzahl nach der Geburt eines Kindes reduzieren und dann, oft unfreiwillig, in Teilzeit bleiben. Immer mehr Männer hingegen wünschen sich, weniger zu arbeiten. Viele Frauen stecken also in der Teilzeitfalle, viele Väter in der Vollzeitfalle fest. Obwohl eine Mehrheit von 60 % es am besten fände, wenn sich Eltern Erwerbsarbeit und Familienarbeit gleichberechtigt aufteilen, verwirklichen nur 14 % ein solches Modell. Während die Berufsorientierung von Frauen eher weiter zunimmt, steigt bei den Vätern der Wunsch, mehr und verlässlicher Zeit für Kinder zu haben. Der Wunsch nach mehr Partnerschaftlichkeit zielt auf eine neue Qualität in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Partnerschaftlichkeit eröffnet Chancen für Mütter und Väter in Familie und Beruf, sowohl in der Lebensphase der Familiengründung als auch im weiteren Lebensverlauf. Partnerschaftliche Lebensmodelle geben Kindern Zeit mit beiden

Elternteilen und stärken so die familiären Bindungen.

Partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Lebensverlauf muss daher heute im Mittelpunkt einer modernen Familienpolitik stehen. Mit der Debatte um eine Familienarbeitszeit habe ich eine Diskussion angestoßen, wie eine solche Politik konkret aussehen könnte. Eine Familienarbeitszeit unterstützt die Eltern, die ihre Arbeitszeit in den ersten Jahren nach der Geburt eines Kindes anpassen wollen. Der Vater kann seine Wochenarbeitszeit etwas reduzieren, die Mutter mit einer ähnlichen Stundenzahl berufstätig sein. Mit einer Familienarbeitszeit würden Familien ihr Einkommen erhöhen und stabilisieren. Gerade für die Frauen, die heute ihre Arbeitszeit stärker reduzieren, würde sich dies auswirken – auch längerfristig, bis hin zur Altersversorgung. Daneben profitiert die Wirtschaft davon, wenn Eltern insgesamt mehr arbeiten. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels mit sinkendem Arbeitskräftepotenzial ist dies ein wichtiges Argument. Die Idee einer Familienarbeitszeit ist schnell aufgegriffen worden; mittlerweile geht es an vielen Stellen um die Ausgestaltung möglicher Modelle. Die IG Metall regt eine partnerschaftliche Arbeitszeit von 30 Stunden pro Woche an. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages Eric Schweitzer hat 35 Stunden vorgeschlagen. Das DIW hat ein Modell durchgerechnet, nach dem beide Eltern ihre Arbeitszeit für drei Jahre auf 80 % anpassen – das sind im Schnitt etwa 32 Stunden – und für die Differenz zum Vollzeitverdienst eine Unterstützung erhalten. Die Debatte dauert an; auf der Landkarte moderner Familienpolitik für die geforderte Generation bildet die Familienarbeitszeit jedoch bereits jetzt einen zentralen Orientierungspunkt.

Erste Schritte in Richtung Familienarbeitszeit hat die Bundesregierung bereits gemacht. Mit dem Elterngeld Plus werden die Eltern, die Beruf und Familie gemein-

sam stemmen, länger gefördert. Eltern haben so bereits in der frühen Familienphase die Möglichkeit, eine partnerschaftliche Aufteilung zu verwirklichen; denn die Weichen für die künftige Aufteilung von Familie und Erwerbsarbeit werden schon früh gestellt. Wer künftig in Elternzeit Teilzeit arbeitet, bekommt das Elterngeld länger. Damit haben gerade Familien mit niedrigeren Einkommen die Chance, sich besserzustellen, indem sie Teilzeitarbeit und Elterngeld Plus kombinieren. Wenn beide Eltern in Teilzeit arbeiten, und zwar 25 bis 30 Wochenarbeitsstunden, gibt es darüber hinaus einen Partnerschaftsbonus mit jeweils weiteren vier Monaten. Ein weiteres wichtiges Mittel, partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, ist der Anspruch auf eine befristete Teilzeit, um eine Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung zu befördern. Auch diesen konkreten Schritt zu mehr Zeitsouveränität für Familien wird die Bundesregierung gehen.

Außerdem gilt es im Blick zu behalten, dass im Zuge des demografischen Wandels neben der Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung die Pflege von Angehörigen immer mehr an Bedeutung gewinnt, konkret: immer mehr Zeit fordert. Unternehmen, die in den letzten Jahren familienfreundliche Arbeitsbedingungen für junge Eltern geschaffen haben, werden mittlerweile häufiger mit den Anforderungen an eine Vereinbarkeit von Beruf und Pflege konfrontiert. Mit dem Gesetz zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege hat die Bundesregierung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Anspruch geschaffen, eine zehntägige Auszeit ohne Lohneinbußen zu nehmen, um im Bedarfsfall Pflege für einen Angehörigen zu organisieren. Wer pflegt, muss nicht aus dem Job aussteigen. Beschäftigte können ihre Arbeitszeit für die Pflege reduzieren und ihren Lohnausfall über ein zinsloses Darlehen ausgleichen.

### *Vereinbarkeit von Beruf und Pflege*

Neben Zeit bleiben Geld und Infrastruktur für Familien ebenso wichtig. Die Bundesregierung hat mit einem großen Familienpaket die Freibeträge und das Kindergeld, den Kinderzuschlag und den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende angehoben. Leistungen wie der Kinderzuschlag und der Entlastungsbetrag wirken gut und zielgenau, gerade weil sie die Erwerbstätigkeit der Eltern unterstützen. Aber insgesamt profitieren verheiratete Eltern, die beide erwerbstätig sind, weniger vom Steuer- und Abgabensystem als Familien, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Moderne Familienpolitik, die Partnerschaftlichkeit unterstützen will, muss also über eine familienbewusste Steuer- und Abgabepolitik nachdenken und darüber, wie Familien mit kleinen bis mittleren Einkommen gezielt erreicht werden. Bei der Infrastruktur hat sich die Zahl der Kinderbetreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige innerhalb der letzten Jahre deutlich verbessert. Dennoch sind Bildungs- und Aufstiegschancen immer noch ungleich verteilt. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen oder mit einem Migrationshintergrund benötigen gleiche Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten. Die Dynamik des Ausbaus muss in Zukunft noch stärker durch Qualitätsentwicklung flankiert werden. Perspektivisch ist ein bundesweites Qualitätsgesetz der beste Weg, um vergleichbare Qualitätsstandards zu erreichen. Ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen, eine gute Qualität der Betreuung, flexible Angebote auch für Rand- und Ferienzeiten, gute Löhne für Erzieherinnen und Erzieher sowie bezahlbare Betreuung sind Wegmarken der Diskussion, die es in den nächsten Jahren im Rahmen des Qualitätsdialogs zwischen Bund und Ländern, aber auch darüber hinaus zu führen gilt. Außerdem stehen viele Eltern vor großen Herausforderungen, wenn ihre Kinder in die Schule kommen. Das Bildungssystem in Deutschland braucht mehr Ganztagschulen und mehr schulbegleitende Nachmittagsangebote.

Familie ist nicht die Quadratur des Kreises, sondern Wunsch und Wirklichkeit der meisten Menschen in Deutschland. Die »Rushhour des Lebens« ist kein Schicksal, sondern hängt zu einem guten Teil von Rahmenbedingungen ab, die sich ändern lassen. Eine moderne Familienpolitik schafft Zeit für Familien, gerechte und wirksame Familienleistungen auf der Höhe der Zeit und eine gute Infrastruktur für frühkindliche Bildung. Meine Vision ist eine Familienpolitik, die die arbeitende

Mitte der Gesellschaft im Blick hat, die »geforderte Generation« in ihrer Vielfalt von Ehepaaren, nicht verheirateten Paaren, eingetragenen Lebenspartnerschaften, Alleinerziehenden und anderen Familienformen, aber auch mit ihren Gemeinsamkeiten: Das sind die Balance zwischen Familie und Beruf und der Wunsch nach gelebter Partnerschaftlichkeit. Familien sind nicht nur die Mitte der Gesellschaft, sondern auch die Mehrheit: Dort wird die Zukunft unseres Landes gestaltet.



**Manuela Schwesig**

ist seit 2009 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und seit Dezember 2013 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

[manuela.schwesig@bmfjsfj.bund.de](mailto:manuela.schwesig@bmfjsfj.bund.de)

*Karin Jurczyk*

## Care – ein System in der Krise

Die Arbeit der Sorge, die unterschiedlichsten Tätigkeiten für andere wie betreuen, pflegen, erziehen, versorgen und zuwenden ebenso wie die Selbstsorge umfasst (Care), ist in den letzten Jahren erstaunlich deutlich in den Mittelpunkt öffentlicher, politischer und wissenschaftlicher Debatten gerückt. In der Regel weist so viel Aufmerksamkeit darauf hin, dass sich eben dieser Bereich in einer Krise befindet, oder eher: dass diese Krise unabweisbar sichtbar geworden ist (Cornelia Klinger).

Im Blickpunkt sind dabei viele Einzelphänomene – beispielsweise die schlechte Bezahlung der Erzieher/innen, der Pflege-Notstand, die mangelnde Qualität von (Alten-)Pflege und (Kinder-)Betreuung, die steigenden psychischen Belastungen durch Erwerbsarbeit, die Überforderung vieler Eltern sowie die Erschöpfung von Müttern und pflegenden Angehörigen. Auch liegen vielfältige wissenschaftliche Analysen zu den einzelnen Care-Bereichen und ihren

Problemen vor. Dass diese Phänomene und Bereiche jedoch Teil einer systemischen Krise sind, ist nur schwer zu erkennen: »Wir ›sehen‹ das Problem nicht. Wir sehen kein Fürsorgesystem, das zusammenbricht, weil wir Fürsorge gar nicht erst als System erkennen. Wir sehen, wie Individuen private Entscheidungen darüber treffen, wer sich um die Kinder kümmert oder um einen älteren von Arthrose geplagten Elternteil. (...) Wir zählen das aber nicht zusammen und bezeichnen es als System, das gut oder schlecht funktioniert. (...) Wenn wir den systemischen Zusammenbruch erkennen würden, müssten wir anfangen darüber nachzudenken, wie sich Fürsorge auf das Funktionieren der gesamten Gesellschaft auswirkt« (Mona Harrington).

Offensichtlich hat dieses Nachdenken begonnen, da die konstitutive Bedeutung von Care für das »Funktionieren« von Gesellschaft und von Wirtschaft durch ihr Nicht-Funktionieren an vielen Stellen un-